

*Sprechzettel für die Bundespressekonferenz am 10. September 2015 um 11.30 Uhr*

## **Aus Willkommenskultur muss Integrationspolitik werden: Forderungen des DKSB zu einem nationalen Aktionsplan für nachhaltige Integrationspolitik für Kinder und ihre Familien auf der Flucht**

Jeden Tag kommen tausende Einwanderer nach Deutschland, mehr als ein Drittel von ihnen sind Kinder. In den letzten Wochen waren sogar 60 Prozent aller Einwanderer unter 18 Jahren alt. Auch bei den Familien und alleinstehenden Personen handelt es sich überwiegend um junge Menschen. Die jüngste Geschichte zeigt, dass mehr als die Hälfte der einmal zu uns gekommenen Einwanderer hier bleibt. Eine restriktive Politik ändert daran nichts, das beweisen auch die Erfahrungen anderer Nationen.

In ihren Heimatländern sind ihnen die Menschenrechte genommen worden. Viele Kinder haben nie erfahren, dass das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention) ihnen Schutz, Förderung und Beteiligung garantiert. Nun sind wir in der Pflicht, die Menschenrechte und die besonderen Schutz-, Förder- und Beteiligungsrechte der Kinder zu gewährleisten. Daran orientiert sich der Forderungskatalog des DKSB für einen nationalen Aktionsplan.

Die vor Krieg und Verfolgung fliehenden Menschen kommen mit ihren Wünschen, Hoffnungen und Träumen, aber auch mit ihren Talenten. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist diese Einwanderung ein Segen für unser Land.

Hätte Deutschland seit 1965 eine Geburtenrate wie beispielsweise Frankreich gehabt, hätte unser Land schon jetzt über 100 Millionen Einwohner und eine spürbar jüngere Bevölkerungsstruktur. Das würde die sozialen Sicherungssysteme deutlich entlasten und unser Land zukunftsfähiger machen. Auch wenn die Einwanderung junger Menschen noch einige Jahre weiter geht, wird dies nur einen Bruchteil der Demografieverluste ausgleichen. Deutschland ist ökonomisch in der Lage, die dafür nötige Infrastruktur kurzfristig zu schaffen. Dazu bedarf es eines nationalen Aktionsplans für eine nachhaltige Integrationspolitik, der die notwendigen Maßnahmen und die richtigen Rahmenbedingungen für Kinder und ihre Familien gewährleistet. Zur Herstellung gleicher Lebensverhältnisse ist dieser Aktionsplan durch den Bund zu finanzieren und in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen umzusetzen.

Die Bundesregierung hat ein Konzept vorgelegt, das in einem mangelhaften Krisenmanagement stecken bleibt und restriktive Maßnahmen gegen Kinder und Familien auf der Flucht beinhaltet. Es ist völlig unzureichend und unterfinanziert.

Deutschland kann stolz darauf sein, wie Einwanderer hierzulande begrüßt werden und immer mehr Menschen sich für sie engagieren. Andererseits zeigen gewalttätige Proteste und Brandsätze, dass die Nation tief gespalten ist. Einwanderer brauchen daher neben einer Förderung der Integration auch Sicherheit und Schutz.

#### Der DKSB fordert konkret:

- Die Bundesregierung soll in Zusammenarbeit, beispielsweise mit der Bertelsmann-Stiftung, auf Basis der aktuellen Einwanderungszahlen eine neue gemeindegrenzüberschreitende Prognose zur demografischen Entwicklung erarbeiten. Die kommunalen Entscheidungsträger brauchen eine **aktualisierte Datengrundlage** zur Planung einer bedarfsgerechten Infrastrukturpolitik.
- Die Einwanderer, die jetzt zu uns kommen, haben Krieg und Verfolgung erlebt. Deswegen muss Deutschland zu ihrem Schutz besondere Anstrengungen unternehmen. Brennende Asylunterkünfte, aggressive Demonstranten und eine permanente öffentliche Verunsicherung durch politisch Verantwortliche – durch restriktive Politik, aber auch durch üble Rhetorik – verlängern ihr Trauma oder führen zu einer Retraumatisierung. Auch die haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer müssen ihre Arbeit in **Sicherheit** leisten können.
- **Alleinreisende Frauen und Mädchen brauchen besonderen Schutz.** Dies ist von Beginn an auch bei der Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen zu berücksichtigen.
- Insbesondere in den Ballungsgebieten mit Wachstumsperspektive sind **weitere Kindertagesplätze und Schulen** zu finanzieren und aufzubauen.
- Es sind **zusätzliche Fachkräfte** für Kitas und Schulen auszubilden und zu den Themen gesellschaftliche Integration und Deutsch als Fremdsprache fortzubilden.
- Die gesetzliche Krankenversicherung muss gewährleistet werden. Alle Einwanderer brauchen eine entsprechende **Gesundheitskarte**.
- Unser Land braucht ein nationales **Wohnungsbauförderungsprogramm** von jährlich mindestens 350.000 Wohnungen. In den stark wachsenden Ballungsgebieten ist das auch nötig, um bezahlbaren Wohnraum für bereits in Deutschland lebende Kinder und ihre Familien sowie Studierende und Auszubildende zu schaffen.
- So früh wie möglich muss die **Selbstständigkeit der Einwanderer** ermöglicht werden. Eine zu lange Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen sowie Sachleistungen statt Geldleistungen behindern diesen Prozess.
- So früh wie möglich muss die **Integration in den Arbeitsmarkt** in Angriff genommen werden. Hierfür sind entsprechende Programme durch die Bundesagentur für Arbeit aufzulegen. Bereits erworbene Berufsabschlüsse sind zügig anzuerkennen.

- Die Kompetenzen der Einwanderer sind zu nutzen, indem auch sie für ehrenamtliches Engagement gewonnen werden. So erfahren sie **Wertschätzung durch Teilhabe**.
- **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge** brauchen Schutz, Förderung ihrer Entwicklung und ggf. eine Traumatherapie. Hierzu soll der Bund **Kompetenzzentren** in den Städten und Regionen errichten, in denen die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ankommen. Diese Kompetenzzentren müssen fachlich entsprechend ausgestattet und durch den Bund finanziert werden.
- **Beratung und Begleitung** der Einwanderer sind in den Städten und Gemeinden in ausreichender Qualität anzubieten. Das ehrenamtliche Engagement ist zu fördern und fachlich durch Weiterbildungen zu qualifizieren.

Wenn diese Maßnahmen vorausschauend ergriffen werden und die staatliche Gemeinschaft aus Bund, Ländern und Gemeinden das große ehrenamtliche Engagement der Bevölkerung aufnimmt, kann es gelingen, die Talente der Kinder und ihrer Familien, aber auch die der anderen Einwanderer, zu entfalten und daraus großen ökonomischen, kulturellen und sozialen Nutzen zu gewinnen. Dann werden aus den Leistungsempfängern der ersten Wochen und Monate Leistungsträger, die unser Land weiterbringen.

---

#### **Der Deutsche Kinderschutzbund (DKSB) – Für die Zukunft aller Kinder!**

*Im DKSB, gegründet 1953, sind über 50.000 Einzelmitglieder in ca. 430 Ortsverbänden aktiv und machen ihn zum größten Kinderschutzbund Deutschlands. Sie setzen sich gemeinsam mit über 10.000 Ehrenamtlichen und rund 5.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Rechte und Interessen von Kindern sowie für Veränderungen in Politik und Gesellschaft ein. Der DKSB will Kinder stark machen, ihre Fähigkeiten fördern, sie ernst nehmen und ihre Stimme hören. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Kinderrechte, Kinder in Armut und Gewalt gegen Kinder.*

#### **Kontakt:**

Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V.  
Schöneberger Str. 15  
10963 Berlin  
Tel (030) 21 48 09-20  
Fax (030) 21 48 09-99  
Email [stickert@dksb.de](mailto:stickert@dksb.de)  
[www.dksb.de](http://www.dksb.de)